

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, Regierungsprogramm – Regierungserklärung, Themenbereich
Verteidigung
2. Dezember 2005

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 6. Sitzung, Berlin, Freitag, den 2. Dezember 2005

339

Markus Kurth

Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen in den Beruf gestellt haben. Sie haben uns da ja auch richtig getriezt und die richtigen Fragen gestellt. Schließlich vermute ich, dass auch der Kollege Seifert zustimmen wird. Das heißt, wir hätten die Chance, hier eine ganz große Koalition für einen kleinen, aber wichtigen Schritt für einige zehntausend Menschen zustande zu bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns doch wenigstens versuchen, bei solchen Punkten den notwendigen Pragmatismus an den Tag zu legen, wenn man es schon nicht hinbekommt, die wirklich großen Schritte in die richtige Richtung zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Weitere Wortmeldungen zu diesen Themenbereichen liegen nicht vor.

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 16/109, Tagesordnungspunkt 8, an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Vorlage auf Drucksache 16/120, Zusatzpunkt 8, soll an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen werden. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen abschließend zu dem Themenbereich **Verteidigung**. Das Wort hat der Bundesminister der Verteidigung, Franz Josef Jung.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in diesen Tagen gerade das 50-jährige Bestehen der Bundeswehr gefeiert. Wir konnten, glaube ich, gemeinsam feststellen, dass die Bundeswehr hohes Ansehen in unserer Bevölkerung genießt. Deshalb möchte ich dies zu Beginn meiner Rede deutlich herausstellen und den Soldatinnen und Soldaten meinen herzlichen Dank sagen, die in 50 Jahren dafür gesorgt haben, dass Frieden, Freiheit und Sicherheit in unserem Land gewährleistet werden – und dies teilweise auch in gefährlichen Einsätzen. Deshalb noch einmal mein herzlicher Dank an die Soldatinnen und Soldaten für ihren Einsatz.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in den Koalitionsverhandlungen in diesem Bereich eine gute gemeinsame Grundlage gefunden. Ich möchte daher meinem Amtsvorgänger, dem Kollegen Peter Struck, für seine Arbeit und seinen Dienst für unser Land während seiner Amtszeit als Bundesminister der Verteidigung danken.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Die Koalitionsvereinbarung ist, denke ich, eine gute Grundlage für die Außen- und Sicherheitspolitik. Die Bundeswehr befindet sich ja mitten in einem Transformationsprozess. Die Bundeswehr hat in den letzten 15 Jahren den Wandel erfolgreich gestaltet; sie ist zu einer Armee der Einheit und auch zu einer Armee im Einsatz geworden. Sie dient der Friedenssicherung nach innen und nach außen

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja!)

und auch dem Ansehen unseres Landes im Ausland. Sie leistet hier Hervorragendes.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das internationale Engagement Deutschlands in den Vereinten Nationen, in der NATO und in der Europäischen Union entspricht den Interessen und der Verantwortung unseres Landes. Ich möchte hervorheben, dass die NATO den starken Anker unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellt. Die Allianz ist eine Wertegemeinschaft; sie ist die Verbindung zwischen Europa und Amerika. Ich glaube, sie muss weiter ausgebaut und fortentwickelt werden, weil das die Grundlage auch für die Sicherheit in unserem Land gewährleistet.

Wir nehmen auch in Europa unsere Verantwortung wahr, und zwar gemeinsam an der Seite Nordamerikas. Wir werden diese gemeinsame Position fortentwickeln. Ich denke, dass die Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zu unseren Verbündeten, insbesondere zu den **Vereinigten Staaten von Amerika**, von hoher Bedeutung ist.

Ich will in diesem Zusammenhang hinzufügen: Unser Land hat den Vereinigten Staaten von Amerika viel zu verdanken. Ich denke dabei an den Aufbau unseres Landes, an die Berliner Luftbrücke und an die deutsche Einheit. Deshalb ist es richtig, dass die Sicherheit Deutschlands im Bündnis mit den Vereinigten Staaten gewährleistet wird. Wir werden diesen Weg auch in Zukunft gemeinsam gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ein starkes Europa ist der beste Partner für ein starkes Amerika. Wir brauchen die Fortentwicklung der **Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**, um im Bündnis wirkungsvoll zusammenzuarbeiten.

Mit der Beteiligung an den Einsätzen der Allianz und der Europäischen Union zeigt Deutschland Solidarität mit den Verbündeten und Partnern, wird seiner internationalen Verantwortung gerecht und trägt damit zur Sicherheit des eigenen Landes bei.

Die Veränderung der Lage wird dadurch deutlich, dass sich auf Grundlage der Beschlüsse des Deutschen Bundestages die Bundeswehr mittlerweile in **Auslandseinsätzen** vom Balkan über das Horn von Afrika bis nach Afghanistan mit über 6 000 Soldatinnen und Soldaten befindet. Dass dies gefährliche Einsätze sind, mussten wir leider Gottes in den letzten Wochen wieder zur

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

-) Kenntnis nehmen. Ich glaube daher, dass gerade dieses Parlament unsere Soldatinnen und Soldaten bei ihren gefährlichen Einsätzen besonders unterstützen muss, weil sie der Sicherheit unseres Landes dienen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

In meine Überlegungen beziehe ich ein, dass wir den Reformprozess weiter politisch begleiten müssen. Aber wir müssen auch die **finanziellen Grundlagen** schaffen, damit diese Einsätze auch in Zukunft gewährleistet werden können. Man kann nämlich nicht verantworten, Soldatinnen und Soldaten in solch gefährliche Einsätze zu schicken, ohne die finanziellen Grundlagen und die Grundlagen für Ausbildung und Ausrüstung zu schaffen. Diese Grundlagen sind aber notwendig, damit solche Einsätze verantwortet werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Es ist richtig, dass die Angehörigen der Bundeswehr und ihre Familien Planungssicherheit brauchen. Deshalb haben wir in der Koalitionsvereinbarung beschlossen, dass wir an den getroffenen **Stationierungsentscheidungen** festhalten. Aber wir brauchen auch ein klares Bekenntnis zur Situation der Bundeswehr, was ihre Ausrüstung und ihre Positionierung angeht. Deshalb bin ich froh und glücklich darüber, dass wir gemeinsam beschlossen haben, an der allgemeinen **Wehrpflicht** festzuhalten.

-) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist längst keine allgemeine Wehrpflicht mehr!)

Die allgemeine Wehrpflicht hat sich bewährt. Nach über 50 Jahren Bundeswehr und ihrer positiven Entwicklung kann man feststellen, dass die Verwurzelung der Bundeswehr mit der Demokratie ein besonderer Aspekt der Wehrpflichtarmee ist. Auch aus diesem Grunde sollte man an der Wehrpflicht festhalten und sie fortentwickeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Verteidigung bedeutet in der Welt der Globalisierung, Gefahren von deutschem Territorium fernzuhalten. Deshalb prägen die Einsatzerfordernisse Fähigkeiten, Ausrüstung und Ausbildung der Bundeswehr. Wir gehen diesen Weg konsequent weiter und damit bleibt die Bundeswehr im internationalen **Friedenseinsatz** und in der internationalen **Gefahrenabwehr** leistungsfähig – im engen Zusammenwirken mit unseren Verbündeten und Partnern.

Das heutige Verständnis von Verteidigung schließt aber den direkten Schutz Deutschlands vor neuartigen Bedrohungen wie den internationalen Terrorismus ein. Die Bundeswehr muss daher ihre Fähigkeiten auch im **Inland** bei Katastrophen und zum Schutz Deutschlands einbringen. Auch in Ansehung der Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht über das Luftsicherheitsgesetz haben wir vereinbart, dass wir, wenn es notwen-

dig ist, in Bezug auf dieses Gesetz eine rechtliche Klärung vornehmen, damit derartige Einsätze auf gesicherter Grundlage verantwortet werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Darüber hinaus ist es natürlich so, dass die Bundeswehr beispielsweise im Katastrophenschutz und in anderen Notsituationen entsprechende Unterstützung leistet. Ich will nur kurz erwähnen, dass die Bundeswehr bei dem Stromausfall im Münsterland selbstverständlich dafür Sorge getragen hat, dass die Menschen in dieser schwierigen Situation ausreichend Verpflegung hatten. Zudem wurden beispielsweise Unterkünfte für 400 Menschen zur Verfügung gestellt. 900 Soldaten waren im Einsatz, um dafür zu sorgen, Menschen zu bergen und Stromerzeugungsaggregate zur Verfügung zu stellen.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür brauchen wir keine Bundeswehr! Die gibt es im Baumarkt!)

Auch im Bereich der Katastrophenhilfe und der Nothilfe in unserem Land hat die Bundeswehr wichtige Funktionen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Sicherheit umfasst heute ganz neue Dimensionen. Deshalb brauchen wir grundsätzlich eine sicherheitspolitische Standortbestimmung in Deutschland. Daher haben wir vereinbart, dass wir im nächsten Jahr ein **Weißbuch** vorlegen – denn das letzte Weißbuch stammt aus dem Jahre 1994 –, womit wir dafür Sorge tragen wollen, dass die sicherheitspolitische Diskussion in Deutschland vorankommt. Wir wollen darin eine gemeinsame Standortbestimmung vornehmen und zu einem gemeinsamen Verständnis von Sicherheit und zu einer sicherheitspolitischen Gesamtstrategie kommen. Ich glaube, das ist notwendig. Deshalb halte ich es für richtig, dass wir ein derartiges Weißbuch vorlegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Unsere Soldatinnen und Soldaten genießen zu Recht großes Vertrauen und Anerkennung. Aus dem Primat der Politik ergibt sich für uns gegenüber der Bundeswehr die Verpflichtung, eine Politik auf der Grundlage von Verantwortung, Verlässlichkeit und Gemeinsamkeit zu gestalten. Wir wollen gemeinsam erfolgreich arbeiten: für Frieden und Freiheit und für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Birgit Homburger, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)